

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst  
für den Frauen- und Jugendteil einschließlich Bringerlohn monatlich 90 Pf.  
Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und  
Oesterreich-Ungarn 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, D. Telefon 8465.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeitspalte mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger  
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 30 Pf. Inserate müssen  
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im  
voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 54.

Dresden, Sonnabend den 6. März 1909.

20. Jahrg.

## Gegen Herzstretks und — das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter.

gh. Der Herzstretk in Adin bietet bürgerlichen Sozial-  
wissenschaftlern die Gelegenheit, Stimmung gegen das Selbst-  
verwaltungsrecht der Arbeiter in ihren Krankenkassen zu  
machen. Und es ist bezeichnend, daß an diesem eblen Werte  
in Mann wie der bekannte Landgerichtsrat W. Kulemann  
mitarbeitet. In der neuesten Nummer der Sozialen Praxis  
weist er darauf hin, daß die Herzstretks zu einem „öffent-  
lichen Rotstunde“ führen und deshalb nicht gebildet werden  
sollen. Hieraus zieht er die Schlussfolgerung, daß die Streit-  
fragen zwischen den Krankenkassen und Ärzten von einem  
Schiedsgericht entschieden werden müssen, und daß sich  
keine Entscheidungen beide Parteien zu  
unterwerfen haben.

„Niemand in der Welt“, so führt Herr Kulemann zur  
Begründung seines Vorschlags u. a. aus, „hat das stitliche  
Recht, seine Auffassung für die allein richtige zu halten. Gar-  
wohl es sich vollends um Angelegenheiten, bei denen nicht ein-  
mal, sondern auf beiden Seiten große Gruppen sich gegen-  
überstehen, und nicht um Dinge, die man der Privatwillkür  
verlassen kann, sondern um solche, bei denen ein Kampf zu  
großen Schädigungen des Allgemeinwohls führt, so ist es  
eine unabwendbare Notwendigkeit, daß eine Entscheidung ge-  
lassen wird, die beide Teile bindet und deshalb den Kampf  
beendet. Daß sie auf einem Wege herbeigeführt werden  
kann, der strengste Unparteilichkeit und gerechte Abwägung der  
beiderseitigen Interessen gewährleistet, bedarf nicht der aus-  
drücklichen Betonung.“

Der Vorschlag des Herrn Kulemann geht darauf hinaus,  
den Arbeitern auf diesem Gebiete das Selbstverwaltungsrecht  
abzunehmen. Haben aber die unzulässigen Folgen der Herz-  
stretks ihre Ursache darin, daß die Arbeiter aus eigener Kraft  
fähig sind, das Verhältnis der Krankenkassen zu den  
Ärzten sachgemäß zu regeln? Durchaus nicht. Die Herz-  
stretks verlaufen in der Regel so, daß nach kurzer Zeit die  
zuständigen Behörden die Krankenkassen zwingen, die Forderungen  
der Ärzte-Einnahmen zu bewilligen. Die Arbeiter sind  
daher gänzlich in der Lage, aus eigener Kraft  
eine Entscheidung zu treffen. Den Krankenkassen  
ist durch die Selbsteinsetzung gleichsam die Hände gebunden.

An dieser Stelle kommt auch Herr Kulemann nicht  
zu schweigen vorübergehen. „Wenn man“, so schreibt er,  
Organisationen ins Leben rief, die geistlich geordneten sind,  
ihren Angehörigen ärztliche Hilfe zu verschaffen, so bedeutet es  
einem logischen Widerspruch, sie auf den guten Willen der  
Ärzte anzuweisen. Eine geistliche Verpflichtung der Ärzte  
hat eine entsprechende Pflicht der Ärzte zu ihrer notwendigen  
Boraussetzung. Daher habe sowohl der Krankenkassenkongreß  
in Leipzig am 28. Januar 1904, als auch eine an den Reichs-  
tag gerichtete Denkschrift vom 6. Dezember 1905 und die  
14. Jahresversammlung des Centralverbandes der Orts-  
krankenkassen vom 20. August 1907 in Mannheim eine Ver-  
ordnung der Gesetze dahin erlassen, daß entweder der Kurier-  
zwang wieder eingeführt oder den Ärzten die Verfügung gegeben  
werde, ihren Mitgliedern anstatt der ärztlichen Behandlung  
eine bloße Selbsthilfe zu gewähren. Wenn die Reform der  
Arbeiterversicherung eine derartige Aenderung der Gesetze zur  
Folge haben würde, dann erst wären die Arbeiter befähigt, ihr

Interesse bei der Regelung des ärztlichen Dienstes in den  
Krankenkassen mit dem nötigen Nachdruck zur Geltung zu  
bringen, und damit erst wäre die Voraussetzung zu einer sach-  
gemäßen Verständigung zwischen den Krankenkassen und  
Ärzten gegeben.

Und die Verständigung ist ohne Bevormundung  
durch einen Beamten sehr gut möglich. Denn es ist  
falsch, wenn — was auch Herr Kulemann wieder tut — die  
Herzstretks auf eine Stufe mit den Streiks gewisser Lohn-  
arbeiter gestellt werden. Zwischen den Krankenkassen und den  
Ärzten besteht nicht derselbe Interessengegensatz wie zwischen  
den Kapitalisten und den Lohnarbeitern. Die Kapitalisten  
wollen einen möglichst großen Ueberschuß aus der Arbeit ihrer  
Arbeiter ziehen und verlangen daher von ihren Arbeitern  
möglichst viel Arbeit bei möglichst geringem Lohne. Die  
Krankenkassen dagegen müssen für eine möglichst gute ärztliche  
Behandlung sorgen. Für sie ist die Hilfe der ärztlichen  
Leistung viel wertvoller als eine ungenügende Bezahlung der  
Ärzte. Daher ist eine sachgemäße Verständigung der Kranken-  
kassen und Ärzte auf dem Boden möglich, daß die Ärzte die  
Sicherheit angemessener Bezahlung und Behandlung erlangen.  
Die Krankenkassen dafür den Anspruch auf die möglichst  
günstigste Regelung des ärztlichen Dienstes haben. In diesem  
Sinne können Krankenkassen und Ärzte sehr gut, in strengster  
Unparteilichkeit und gerechter Abwägung der beiderseitigen  
Interessen zusammenarbeiten und sich verständigen. Die  
Verständigung wird nur so lange künstlich verhindert, als die  
Ärzte-Einnahmen hohlen können, die Krankenkassen zu Ver-  
sorgungsanstalten für alle die Ärzte zu machen, die keine  
bessere Unterkunft finden.

Zweifellos haben die Arbeiter das gute Recht, zu ver-  
langen, daß ihnen zunächst die Möglichkeit geboten wird, aus  
eigener Kraft die Kräftefrage zu lösen. Sollen Schiedsgerichte  
geschaffen werden, vor denen die Verhandlungen zwischen den  
Krankenkassen und Ärzten ruhig und sachlich geführt werden  
soll, so kann das selbstverständlich den Arbeitern recht sein. Aber  
gegen den Zwang, sich der Entscheidung des Schiedsgerichts zu  
fügen, müssen sich die Arbeiter mit allen Kräften wehren. Ein  
solcher Zwang bringt die Arbeiter unter die Vormundschaft des  
Vorstandes am Schiedsgericht, sicher eines Beamten. Die  
Ärzte brauchen sich dann nicht auf eine Verständigung mit  
den Krankenkassen einzulassen; es genügt ja, wenn sie sich des  
Wohltuns des Vorstehenden am Schiedsgericht erfreuen.  
Das kann zu einem sehr unliebsamen Gegenstand zwischen den  
Mitgliedern der Krankenkassen und den Ärzten führen, zu  
einem Gegenstand, wie er sich in gewissen Betrieben, und  
in ungenügenden Krankenkassen und in der Unfallversicherung zum  
großen Schaden der Arbeiter bemerkbar macht. Deshalb gilt  
es auch hier: vor allen Dingen müssen die Arbeiter sich das  
Selbstverwaltungsrecht wahren.

## Der Besitzsteuer-Schwindel.

Das lächerliche Kompromiß, das die Sozialpartei in der  
Finanzkommission des Reichstags geschlossen haben, bereitet auch  
der Presse der bürgerlichen Parteien ganz und gar keine un-  
gemütliche Freude. Nicht wegen der Schonung der Besitzenden, die  
diese „Reichssteuer“ bringen würde, herrscht vielmehr Unzufrieden-  
heit, sondern wegen des Eingriffs in die einzelstaatlichen Finanzen,  
durch den die bisherige Wirksamkeit in den Beziehungen zwischen

Reichsfinanzen und Einzelstaatsfinanzen weiter verschlimmert, durch  
den die Reichsfinanzminister in eine dauernde Finanzminister der  
Bundesstaaten verwandelt werden würde. Eine größere Zahl  
Blätter, besonders liberaler Färbung, warnen deshalb vor dem  
Bestehen an diesem Kompromiß und verlangen, daß doch wieder  
zur Nachschleife nach dem ursprünglichen Regierungsvorschlage  
zurückgekehrt werden möge. Auch einige konservative Blätter  
außerhalb Preußens betonen aus Besorgnis für die Finanzen  
ihres Einzelstaates das Bloßkompromiß.

Besonders lebhaft wendet sich die Adin. Stg. gegen die  
Beschlüsse der Kommission. Sie sagt:

„In den Bloßblättern kommt die Freude über das Gelingen  
nur sehr gedämpft zum Ausdruck; mit dem Inhalt des Kompromiß-  
entwurfs aber erklärt sich niemand vollkommen einverstanden. Das  
ist auch nicht möglich. Denn einmal haben alle, die an ihm mit-  
gewirkt haben, Zugeständnisse machen müssen, so daß der Antrag die  
Forderungen keiner Partei erfüllt, und außerdem kommen alle bei  
näherer Betrachtung des Kompromißentwurfs mehr oder weniger zu  
der Ueberzeugung, daß es zwar nicht gerade eine Spottregel aus  
Droht und Feuer, aber doch ein ziemlich ausgewählter Wechsellager  
mit Wasser und Weichsel ist, an dem mehr oder weniger die  
— das Zentrum ein absonderliches Gefallen zu finden scheint. Die  
Reichsfinanzminister rechnen dem Zentrum nicht nur das taube,  
ja unermittelte Gutwillenkommen der Einigung als Erfolg an, sie  
legt auch auf die Form des Kompromißes selbst, soweit es beacht-  
bar und für die Einzelstaaten annehmbar ist, die Hand des Zentrums  
und gefüllt sich damit in der Rolle des lachenden Trägers,  
der dem betrübten Teufel bald die Stoppeln und bald den Kranz  
streckt. Ganz so unecht kann man den Zentrumskleuten nicht  
geben, denn ihr Antrag Herold erscheint dem Kompromißentwurf  
gegenüber, staatsrechtlich gesehen, immer noch als das kleinere Übel.  
Den Sozialpartei werden die Freudenüberhebungen der Zentrum-  
blätter wohl die Augen öffnen, so daß sie nicht mehr so leicht  
wie angeführt haben, wenn man nicht annehmen will, daß sie das  
ohne sie schon wissen und daß sie lediglich in der Verlegenheit zu  
dem Antrag gekommen sind, damit überhaupt etwas geschähe. Doch  
diese Vermutung nicht unbegründet ist, erhebt sich aus den Anzeichen,  
die schon bei der letzten Beratung an das Kompromiß geknüpft worden sind,  
und die nachträglich in der Presse noch ausgiebiger betont werden.  
Es ist ein Kompromiß für den Augenblick, ein Kompromiß auf Ab-  
wägung, weil es niemand befriedigt. Kommen nun erst noch die an-  
gelegentlich Verbesserungen und Abänderungen und spricht auch noch  
die Regierung ein Unannehmliches, dann werden wir bald das Richt-  
bergeisse Messer ohne Klinge haben, dem das Gest fehlt.“

Die Hauptsache liegt die Adinische Zeitung aber nicht  
das Kompromiß ist in Wahrheit nur gemacht, damit die Parteien  
nun für die Beratung der indirekten Steuern freie Bahn  
bekommen. Wenn genug indirekte Steuern auf die Arbeiter  
und die Erwerbsteuer gelegt sein werden, dann kann man das  
Kompromiß etwa mit einigen Abänderungen, ruhig Gleich werden  
lassen, da dann eine wirkliche Einziehung der Besitzsteuer in  
den Einzelstaaten gar nicht mehr nötig wäre.

Ueber die Stellungnahme der Regierungen ist noch  
nicht viel bekannt geworden. Aus München wird telegraphisch,  
daß die bayerische Regierung sich nach wie vor ablehnend  
verhalte und daß das Kompromiß nur mit Ueberstimmung Bayerns  
eine Mehrheit im Bundesrat ergäbe.

Adin, 6. März. Ein Berliner Telegramm der Adinischen  
Zeitung meldet: Der Sozialminister will in parlamentarischen Kreisen  
erfahren haben, daß die Zustimmung der verbandenen Regierungen  
zu dem gestern angenommenen Kompromiß der Sozialpartei sicher  
sei. Nach meinen Erkundigungen in Bundesratskreisen ist dies  
durchaus nicht der Fall. Dort wird im allgemeinen das im Sinne  
der Verfassung des Deutschen Reiches zuweilenselbst und in die  
Finanzhoheit der Bundesstaaten schwer eingreifende Kompromiß

## Sozialistisches in Sachsen 1848 und 1849.

Der erste sozialistische Vorkurs ist auch in Sachsen bereits  
1848 ausgebrochen worden. Die Auseinandersetzungen in den Tages-  
zeitungen über den Sozialismus und Kommunismus bald nach den  
Ereignissen 1848 lassen darauf schließen, daß schon zuvor sozialistische  
Druckschriften im Volke zur Verbreitung gekommen waren. Die  
demokratischen Blätter lesen sich damals veranlaßt, sich fast täglich  
mit den sozialistischen Bestrebungen zu beschäftigen und brachten  
ganze Artikelserien, um diesen entgegenzusetzen, was ohne eine vor-  
handene Ausbreitung sozialistischer Ideen sinnlos gewesen wäre.  
In der großen Öffentlichkeit merkt man freilich von einer sozial-  
istischen Propaganda wenig, die Agitation hat sich mehr auf die  
Verbreitung von Schriften beschränkt. Einige Intellektuelle be-  
trachten gelegentlich sozialistische Anschauungen, wie z. B. August  
Peters im Dresdner Journal am 20. April 1848 in einem  
Artikel, in dem es heißt: „Doch unsere Bewegung, oder sagen wir es  
mit freiem Worte, unsere Revolution ist eine weit erhabeneren Zweck  
und Sinn, das ist eine soziale Revolution, die es das erste  
Menschheit im Sinne des Christentums, das es das erste  
Stageschadium sei, in welchem das von Christus angekündigte  
Reich der Gerechtigkeit eingetretten, davon haben diese Menschen  
keine Ahnung.“ Das ist ganz die Sprache der damaligen Utopisten.  
In einer Versammlung hat bereits zuvor, am 20. März, Herr  
H. v. Wierzbicki für sozialistische Bestrebungen ein-  
getreten. Im allgemeinen waren es wohl Arbeiter, in deren Herzen der  
sozialistische Gedanke wuchs, und zunächst auch nur bei ganz we-  
nigen. Denn von den 1,804,481 Einwohnern, die Sachsen nach  
der Volkszählung des Jahres 1840 hatte, wohnten erst 683,040  
in den Städten und 281,891 auf dem Lande, und von den 895,000  
„nicht städtischen Arbeitern“ waren erst 88,000 Arbeiter in  
Fabriksbetrieben, oder noch 23,156 Landarbeiter, und der große  
Teil war im Kleinhandel und der Handindustrie tätig. In dieser  
Zusammensetzung sind die Arbeiter von unter 14 Jahren in-  
begriffen. Die Arbeiter selbst aber noch vielfach in Leinwand-  
webenden Betrieben, die Handarbeit war noch nicht sehr ausgebildet  
und die Fabriken — Fabriken — waren meistens auf dem Lande.  
Von einer großen Arbeiterbewegung konnte gar keine Rede sein.

Die im Jahre 1848 gegründeten Arbeitervereine  
waren anfänglich zwar keine ausgesprochenen sozialistischen  
Bewegungen, aber ein sozialdemokratischer Geist herrschte doch in  
ihnen. Die in Leipzig herausgegebenen Arbeiterzeitung  
handelt ganz auf sozialdemokratischem Boden und wurde von den Mit-  
gliedern der Arbeitervereine viel gelesen. Nicht lange dauerte es  
auch, daß sich die Arbeitervereine zu sozialdemokratischen Organi-  
sationen entwickelten.

Der erste deutsche Arbeiterkongreß in Berlin am 29. August  
1848, auf dem auch die Arbeitervereine von Leipzig und  
Dresden und Umgebung durch Delegierte vertreten waren, rief  
den ersten deutschen Arbeiterbund, die Arbeiter-Vereinigung,  
ins Leben, deren Zentralkomitee und Organ, die „Ver-  
einigung“, in Leipzig ihre Stätte erhellten. Die „Ver-  
einigung“ war nun das offizielle Organ der Arbeitervereine.  
Ihr Redakteur war der Schriftföhrer Born, der in Paris Sozialist  
geworden war und mit Karl Marx und Friedrich Engels  
in Verbindung stand. Nicht nur daß die „Veränderung“ sich als  
sozialdemokratisches Organ bezeichnete und für den Sozialismus  
eintrat, drachte sie die sozialistische Bewegung nimmer in Schwung,  
Born und die anderen Mitglieder des Zentralkomitees hielten nun  
im Lande auch sozialdemokratische Vorträge und in die Vereine kam  
ein neuer Geist. Der Arbeiterkongreß in Berlin hatte auch be-  
schlossen, überall Arbeiter-Affiliationen zu gründen,  
und mit dieser Frage beschäftigten sich die Arbeitervereine das  
ganze Jahr 1848 hindurch. Am 27. September und die folgenden  
Tage 1848 hielten die Arbeitervereine des Königreichs Sachsen,  
der preussischen Provinz Sachsen und der sächsischen Herzogtümer in  
Leipzig einen Kongreß ab, der von 25 Deputierten besucht war  
und drei Tage dauerte. Auf diesem Kongreß wurde eine Petition an  
die Sächsische Kammer beschlossen zur Erlangung des all-  
gemeinen, gleichen Wahlrechts und ferner eine Petition an die  
Kammer um die Gewährung einer staatlichen Unterstützung für  
Produktiv-Genossenschaften. Die an den 18. O-  
kt. 1848 gerichtete Petition verlangte 13 Millionen Mark  
und hatte folgenden Wortlaut:

„Och Versammlung! Mit gespannter Erwartung blickt das  
Vaterland auf Ihre Beschlüsse, es harzt und hofft, daß durch Sie

ihm eine neue Zeit, eine bessere Zukunft begründet werde. Der  
alte Staat hat sich überlebt, und nicht der Planer an  
politischer Freiheit allein ist es, der die Bürger berufen, ihn zu  
führen, um einen neuen aufzubauen; im alten Staate hatten sich  
auch Verhältnisse entwickelt, die es einer großen Anzahl seiner Mit-  
glieder unmöglich machten, zu einer unabhängigen, geistlichen  
Stellung zu gelangen; Verhältnisse, in denen Preis, Gerechtigkeit  
und Kenntnisse nicht mehr ausreichen, um des letzten Mannes  
Eigenthum zu garantieren. Eine beträchtliche Zahl von Arbeitern  
ist durch die Konkurrenz, in welche sie maddlos mit dem her-  
schenden Kapital eingehen mußten, ruiniert und dem Unter-  
gange nahe, eine weit größere Zahl von Arbeitern noch ist in einen  
Zustand herabgesunken, welcher die menschliche Gesellschaft ent-  
würdigt, indem unermessliche Kinder ihre Eltern mit ernähren  
müssen und so dies nicht der Fall ist, dem erwachsenen selbständigen  
Arbeiter dennoch nicht die geringste Aussicht mehr bleibt, daß er aus  
dem Stande eines Lohnarbeiters sich je zu einer freien Stellung  
erheben können. Das bewegende Prinzip der Gegenwart ist  
dahingegen, daß der Mensch zur materiellen Freiheit ge-  
lange, und solange dies Ziel nicht erreicht ist, wird die Gesellschaft  
in revolutionären Kämpfen sich befinden, weil ein  
Prinzip, wenn es als wahr von der Mehrzahl der Menschen an-  
erkannt worden, notwendig auch ins Leben geführt werden muß.“

Wie mannigfaltig nun auch die Mittel sein mögen, welche  
Sie für die bessere Zukunft der arbeitenden Klasse ergreifen werden  
— wir sehen ihnen gespanntem Herzen entgegen —, ein Mittel  
erlauben sich die Unterzeichneten einer hohen Versammlung zu  
empfehlen und um dessen Annahme inständig zu bitten, es ist das  
die Affiliation der Arbeiter. Solche die Affiliation  
herabgedrückt, durch welche unsere Zeit sich wesentlich vor der Ver-  
gangenheit unterscheidet, so werden nun die Affiliationen der Ar-  
beiter der gewöhnlichen Tätigkeit der Menschheit zufolge  
geben, sie werden in den Kreis der Unabhängigen und Freien  
immer mehr Menschen in den Kreis der Unabhängigen und Freien  
ziehen, immer mehr werden eine menschliche Existenz sichern. Die-  
jenigen aber, welche nichts besitzen als ihre Arbeitskraft, können un-  
möglich dies große Werk allein und in dem Maße anrichten, daß es